

Protokoll:

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein macht auf Rückfrage von Rm Lehmkuhler (SPD-Fraktion) darauf aufmerksam, dass im Bereich des Jobcenters gesetzlich eine Beteiligung der Stadt Koblenz an den Personalkosten in Höhe von 15,2 % festgelegt sei, unabhängig davon wie viele Stellen durch die Stadt besetzt würden.